

MAI '23/NR. 2



GREENFO

MAGAZIN DER GRÜNEN SCHWEIZ

- > JUBILÄUM: 40 JAHRE GRÜNE SCHWEIZ 3
- > DOSSIER: FEMINISTISCHER STREIK 4-5
- > ABSTIMMUNG: JA ZUM KLIMASCHUTZ-GESETZ 10



GLEICHSTELLUNG

JETZT!



FÜR EINE OFFENE, SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

▲ Lisa Mazzone,
Wahlkampfleiterin

Am Wahlsonntag 2019 lernte die Schweiz ihr neues Parlament kennen. Dieses war weiblicher als je zuvor. Der Frauenanteil im Nationalrat liegt seither bei etwas mehr als 40 Prozent. Und diese 40 Prozent haben Historisches möglich gemacht: die Überarbeitung des veralteten Vergewaltigungsbegriffs, die Ehe für alle inklusive Samenspende für Frauenpaare, der Ausbau der KITA-Finanzierung... Denn im Herbst 2019 reimte sich violett oft mit grün. Sinnbildlich dafür steht die Zusammensetzung der Grünen Fraktion: zwei Drittel Frauen. Doch der Weg hin zu einer offenen, gleichgestellten Gesellschaft frei von Diskriminierung ist noch lang. Derzeit scheint es sogar so, als befänden sich

die reaktionären Kräfte im Aufwind. In Bundesbern geht die konservative Hoffnung um, dass nach einer grün-violetten Legislatur vielleicht doch alles wieder zum Alten zurückkehrt. Aber wir sind gekommen, um zu bleiben! 175 Jahre nach Inkrafttreten der Bundesverfassung ist die Schweiz bereit für Neues! Unsere Demokratie braucht ein Update mit dem Stimmrechtsalter 16 und dem Ausländer*innen-Stimmrecht. Auf den Vaterschaftsurlaub muss die Elternzeit folgen. Künftig soll auch Hass und Hetze gegen trans Menschen nicht ohne Konsequenzen bleiben. Und räumen wir endlich mit der Diskriminierung am Arbeitsplatz auf. Zwischen Frau und Mann, klar. Aber endlich auch aufgrund von Herkunft

und Hautfarbe. Unsere Gesellschaft befindet sich im Aufbruch. Vieles, das wir als Gesellschaft für gegeben hielten, verändert sich gerade. Wir GRÜNE getrauen uns, uns immer wieder selbst zu hinterfragen. Genau diese Fähigkeit macht uns zu einer Zukunftspartei. 2023 darf auf keinen Fall zum Jahr der Ausgrenzung und des Inseldenkens werden. Bleiben wir offen! Engagieren wir uns für eine solidarische, gleichgestellte, diskriminierungsfreie Gesellschaft. Wagen wir das Abenteuer einer neuen Schweiz!

Lisa Mazzone
Ständerätin GE
Wahlkampfleiterin

GRÜNE ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR DEN 18. JUNI 2023

JA zum Klimaschutz-Gesetz
STIMMFREIGABE zur OECD-Mindeststeuer
JA zum Covid-Gesetz

GREEN ECONOMIC FORUM 2023

Wann: 10. Juni 2023 | 11:15 – 15:15 Uhr

Wo: Museum für Gestaltung Zürich, Ausstellungsstrasse 60, Zürich

Ist grüne Klimapolitik auch eine Chance für die Wirtschaft? Und wie sichern wir mit grüner Politik die Arbeitsplätze der Zukunft? Das diskutieren wir mit spannenden Gäst*innen aus dem In- und Ausland. Programm & Anmeldung via QR-Code.



Impressum

Greenfo – Magazin der GRÜNEN Schweiz
Waisenhausplatz 21, 3011 Bern
031 326 66 00
www.gruene.ch – gruene@gruene.ch
Auflage: 7800 Exemplare
Redaktion: Fabienne Engler, Marjorie Spart
Übersetzung: Fabienne Engler, Manuel Michel
Layout: Tom Wahli
Druck: Bubenberg Druck
Fotos: Keystone, Laurent Gilliéron (S.1), Alena Halmes (S.2), Valérie Chetelat (S.3), Béatrice Devènes (S.4, 6, 7, 9, 10), Pixabay (S.4), Christian Willner (S.4), 123RF (S.5), iStock (S.6), Mark Henley (S.7), Sara Furrer (S.8), Odile Meylan (S.8), Josy Taramarcz (S.8), Vecteezy (S.9), zvg (S.3, 4, 11), Magali Girardin (S.12).
Erscheint vierteljährlich
Jahresabonnement: CHF 20 (für Mitglieder im Mitgliederbeitrag inbegriffen)
Unterstützen Sie die GRÜNEN mit Ihrer Spende: IBAN CH02 0900 0000 8002 6747 3 oder www.gruene.ch/spenden

«WIR MUSSTEN DIE BEWEGUNG BÜNDELN»

40 Jahre GRÜNE Schweiz: Wir nutzen die Gelegenheit für einen Blick zurück zu den Anfängen. Mit Bernhard Pulver, dem ersten Generalsekretär der GRÜNEN Schweiz.

Bernhard, was hat dich vor über 40 Jahren motiviert, in die Politik einzusteigen?

Entscheidend war die Umweltbewegung in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre. Mit 12 Jahren nahm ich zum ersten Mal in meinem Leben an einer Demo teil, für den Baustopp von Atomkraftwerken. Da meine Mutter aus dem Simmental stammt, hat mich auch der dortige geplante Autobahnbau beschäftigt. Hinzu kamen Hausabbrüche im Quartier, Stadtentwicklungsthemen und anfangs 80er-Jahre die Friedensbewegung mit ihren riesigen Kundgebungen.

Du hast die Gründung einer schweizweiten Grünen Partei stark mitgeprägt. Wie hast du diese Zeit erlebt?

Seit den 70er-Jahren versuchten immer mehr Vertreter*innen von sozialen Bewegungen, den Sprung in die Parlamente zu schaffen. Für mich war es selbstverständlich, dass wir diese Bewegungen bündeln mussten, um gemeinsam stärker zu sein: Die Zeit war reif für eine schweizweite Grüne Partei, wie es sie in anderen europäischen Ländern bereits gab. Im Winter 1983 haben wir also verschiedenste Organisationen nach Bern eingeladen zur Gründung einer schweizweiten Grünen Partei. Der Saal im Casa d'Italia quoll fast über vor Menschen.

Was waren die Herausforderungen bei der Gründung?

Unsere grösste Stärke in der Gründungszeit war gleichzeitig die grösste Herausforderung: Die unglaubliche Vielfalt an Menschen und Bewegungen, die sich bei uns zusammenfanden. Nach vielen Stunden hitziger Grundsatzdiskussionen wurde klar, dass es nicht wie anfänglich geplant eine einzige, sondern gleich zwei nationale Dachorganisationen geben wird: Die

Föderation der grünen Parteien der Schweiz und die Grüne Alternative Schweiz. Für mich war dieser zwischenzeitliche Bruch eine grosse Enttäuschung.

Wer waren die Menschen, die die GRÜNEN mitgegründet haben? Was hat sie vereint?

Wir wollten einen anderen Umgang mit der Natur. Daneben trieb uns vor allem auch eine Offenheit für Neues an. Wir wollten keine traditionelle Partei sein. Wir wollten das Neue aufnehmen, das in der Luft lag, und waren bereit, uns auf neue Felder einzulassen, auch wenn es ein Abenteuer war. Ich denke, diese Aufbruchstimmung hat uns menschlich am meisten verbunden.

In welchen Themen hat sich diese Aufbruchstimmung gezeigt?

Es ging um Themen, welche die traditionellen Parteien bis anhin unzureichend behandelt hatten: Alternative Lebensformen, Alternativen zum traditionellen Familienbild, Abrüstung und den Abbau strenger Hierarchien. Freiräume, Freizeit und Kultur sollten eine wichtigere Rolle spielen: Für ein erfülltes Leben neben der Erwerbsarbeit. Die GRÜNEN haben generell immer viel Lebensfreude in die Politik gebracht.

Und heute?

Wir GRÜNE sind in diesen 40 Jahren stark gewachsen, haben Generationenwechsel hinter uns und immer mehr Parlaments- und Regierungsverantwortung übernommen. Ich bin stolz auf uns, dass wir auch heute noch mit der gleichen, ehrlichen Grundhaltung mutige Politik machen und uns dennoch ständig neu zu erfinden wissen. Eigentlich geht es doch immer noch um die gleiche Frage, wie zur Zeit der Gründung: Was ist wichtig im Leben und in einer Gesellschaft?



▲ Aline Trede, Fraktionspräsidentin, und Balthasar Glättli, Präsident der GRÜNEN Schweiz, schneiden die Geburtstagstorte an.



Bernhard Pulver war der erste Generalsekretär der GRÜNEN Schweiz und ehemaliger Berner Regierungsrat. Bei den eidgenössischen Wahlen 2023 kandidiert er als Ständerat für den Kanton Bern.



FEMINISTISCHER STREIK NÖTIGER DENN JE

Der grosse feministische Streik von 2019 war ein Höhepunkt. Seitdem hat sich viel bewegt. Ein Rückblick auf konkrete Fortschritte und was noch zu tun bleibt.

Feministische Forderungen sind heute präsenter. Viele Menschen haben sich im Anschluss an den feministischen Streik politisiert. Und die Wahlen 2019 haben mehr Frauen ins Parlament befördert als je zuvor. Beides hat Fortschritte ermöglicht, die lange ausser Reichweite schienen: Das Sexualstrafrecht wurde so reformiert, dass die sexuelle Integrität endlich besser geschützt ist. Die Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Gewalt ist gestiegen. Die Ehe für alle wurde endlich eingeführt. Es gibt mittlerweile eine Vaterschaftszeit – wenn auch eine kurze.

Und trotzdem: In viel zu vielen Bereichen harzt es noch. Frauen leisten noch immer den grössten Teil der unbezahlten Sorge- und Betreuungsarbeit, der sogenannten Care-Arbeit, im Wert von 242 Milliarden Franken. 2022 wurden in der Schweiz 18 Frauen und Mädchen im Kontext häuslicher Gewalt getötet. Die Medien verharmlosen diese Feminizide noch immer.

Mindestens jede zweite Frau hat bereits sexualisierte Gewalt erlebt. Frauen erhalten ein Drittel weniger Rente als Männer. Der Frauenanteil im Nationalrat beträgt erst 42 Prozent. Die Schweiz kennt noch immer kein drittes Geschlecht. Und es gab sogar Rückschritte: Die Annahme der AHV21, die die Erhöhung des Frauenrentenalters zur Folge hat, war ein feministischer Tiefpunkt der Legislatur.

Es gibt somit noch immer zahlreiche Gründe, um feministisch aktiv zu sein. Vier Jahre nach dem grossen feministischen Streik von 2019, bei dem über eine halbe Million Frauen und nicht-binäre Menschen gemeinsam mit solidarischen Männern auf die Strasse gingen, ist nun auch dieses Jahr wieder ein grosser Streiktag am 14. Juni angekündigt. Die feministischen Streikkollektive in der ganzen Schweiz sind gemeinsam mit den Gewerkschaften bereits mitten in den Vorbereitungen. Der feministische Streik war immer vielfältig. Auch 2023 sind

verschiedenste Forderungen zentral – so etwa die Verhinderung der Klimakrise. Global gesehen leiden Frauen und vulnerable Personen besonders unter den massiven Folgen der Klimaerhitzung. Weiter stehen Mehrfachdiskriminierungen im Fokus: Beim Einsatz für mehr Gleichstellung müssen verschiedene Lebensrealitäten beachtet werden. So erleben eine geflüchtete Frau, eine nicht-binäre Person im Rollstuhl oder eine Schwarze, lesbische Frau unterschiedliche Formen von Diskriminierungen. Es bleibt noch viel zu tun. Die feministische Bewegung ist nötiger denn je. Lasst uns am 14. Juni alle auf die Strasse gehen und zeigen, dass wir viele sind, die sich intersektional für eine feministische, diskriminierungsfreie Gesellschaft einsetzen.



Anna-Béatrice Schmalz
Aktivistin
Gemeinderätin Zürich
Nationalratskandidatin
annabschmalz

FÜR GLEICHSTELLUNG GEGEN DISKRIMINIERUNG

Für uns GRÜNE ist klar: Allen Menschen stehen dieselben Rechte und Chancen zu, unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität und ihrer sexuellen Orientierung. Dafür setzen wir uns seit Jahrzehnten als Pionier*innen ein.

Noch immer haben wir die Gleichstellung der Geschlechter nicht erreicht. Die Diskriminierungen sind vielfältig, im öffentlichen wie auch im privaten Raum. Das Recht, über den eigenen Körper und das eigene Leben zu bestimmen, wird dabei von Politik und Gesellschaft kontinuierlich ignoriert und in Frage gestellt. Noch immer sind zu viele Frauen Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt oder gar eines Femizids. Noch immer ergeben sich im

Strafrecht bei gravierenden Delikten wie Vergewaltigungen Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts. Und damit nicht genug. Gerade auch auf dem Arbeitsmarkt gibt es einen regelrechten Geschlechtergraben. Zwar sind Frauen heute (im Durchschnitt) besser ausgebildet, doch bei der Familiengründung ziehen sich viele Frauen – mal mehr, mal weniger freiwillig – teils oder vollständig aus dem Erwerbsleben zurück. Das hat

auch strukturelle Gründe: Frauen werden immer noch von vielen Entscheidungsgremien ausgeschlossen, erhalten immer noch weniger Lohn für gleichwertige Arbeit – während von ihnen erwartet wird, dass sie gleichzeitig den Löwinnen-Anteil der Care-Arbeit stemmen.

Auf dem Weg zu einer gleichgestellten und diskriminierungsfreien Gesellschaft braucht es folgende Meilensteine:



Mitmachen! 💪❤️

Machen wir den feministischen Streik 2023 ganz gross! In den folgenden Städten gibt es am 14. Juni grüne Treffpunkte (erkennbar an den grünen Fahnen). Zusammen Demonstrieren macht mehr Freude!

- **Basel:** 17:00 Uhr bei den Pyramiden hinter dem Theater (Elisabethenstrasse)
- **Bern:** 17:30 Uhr auf der Schützenmatte (unter der Brücke)
- **Zürich:** 17:30 Uhr Demonstration ab Sechseläutenplatz

FÜR DIE ANERKENNUNG NON-BINÄRER MENSCHEN



Die GRÜNEN fordern die gleichberechtigte Anerkennung von Menschen, die sich weder (ganz) mit dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht identifizieren. Auch sie sollen einen passenden Geschlechtseintrag haben können.

Unsere Gesellschaft hat sich weiterentwickelt. Vielen Menschen ist es ein Bedürfnis, nicht gezwungenermassen als «weiblich» oder «männlich» registriert zu sein. Dem soll Rechnung getragen werden. Denn allen Menschen steht voller Respekt und ein echter Platz in der Gesellschaft zu.

Die Schweiz würde mit der Erweiterung der möglichen Geschlechtseinträge im Personenstandsregister eine internationale Entwicklung nachvollziehen. Eine dritte oder sogar noch mehr Geschlechterkategorien sind seit Jahren in immer mehr Ländern weltweit anerkannt. Auch Deutschland und Österreich haben sie schon längst eingeführt. Es wird Zeit, dass die Schweiz hier mitmacht. Es geht um die Grundrechte einer ganzen Menschengruppe.

Die Behauptungen des Bundesrats, die Schweizer Gesellschaft sei noch nicht so weit, sind Ausflüchte. Es gibt keinen legitimen Grund, diejenigen Menschen einen echten Platz und vollen Respekt zu verweigern, die sich nicht als weiblich oder männlich identifizieren. Gerade angesichts der zunehmenden Hetze gegen trans und non-binäre Menschen, wäre deren staatliche Anerkennung ein starkes Bekenntnis zu einer inklusiven Gesellschaft, die zusammenhält. Wir GRÜNE bleiben dran!



Sibel Arslan
Nationalrätin BS
SibelArslanBS

LGBTIQ+ RECHTE: GLEICHSTELLUNG JETZT

Am 2. September wird das Netzwerk Green LGBTIQ+ vier Jahre alt. Ein Anlass zur Freude, aber auch um kämpferisch in die Zukunft zu blicken. Denn unser Einsatz für eine offene Gesellschaft und damit gegen Gewalt und Diskriminierung ist immer noch bitter nötig. Aktuell konzentrieren wir unsere Energie insbesondere auf die Einführung eines dritten Geschlechts und die Ausweitung der Anti-Diskriminierungsstrafnorm auf trans Menschen. Weitere für uns wichtige Forderungen sind die Erarbeitung eines Aktionsplans gegen Gewalt an LGBTIQ+ Menschen, das Verbot von «Konversionstherapien» und von Operationen an intergeschlechtlichen Kindern.

Auch für unsere queeren Freund*innen weltweit wollen wir uns einsetzen. Es ist höchste Zeit, dass die Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität als Asylgrund anerkannt wird. Wenn es uns LGBTIQ+ Menschen einmal nicht so gut geht, verdienen wir die gleich gute Gesundheitsversorgung wie alle anderen Menschen auch. Leider ist das heute jedoch nicht so: Der Zugang zu einer auf uns zugeschnittenen Gesundheitsversorgung ist oft schwierig, zahlreiche Medikamente wie z.B. die HIV-Prophylaxe werden nicht von den Krankenversicherungen übernommen.

Werden Sie Teil des Netzwerks Green LGBTIQ+ und geben Sie unseren Anliegen Gewicht. Unser nächster Anlass findet am 2. September statt. Wir freuen uns auf Sie!

Michael Töngi, Nationalrat LU
Co-Koordinator Netzwerk Green LGBTIQ+
mtoengi



FÜR SELBSTBESTIMMUNG & TEILHABE INKLUSIONS-INITIATIVE

Die Schweiz hinkt bei der Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft hinterher. Die Inklusions-initiative will das endlich ändern.

Die selbstbestimmte Teilhabe in Ausbildung, Arbeit, Politik, ÖV, Sport, Kultur oder in der Freizeit sollte selbstverständlich sein. Der UNO-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen deckte in seinem Bericht 2022 für die Schweiz u.a. gravierende Mängel in den Bereichen Arbeit und Wohnen auf. Deshalb beauftragt die Inklusions-Initiative den Gesetzgeber mit der Sicherstellung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung über eine Anpassung der Bundesverfassung. Die Inklusions-Initiative formuliert zwei Hauptanliegen für ein selbstbestimmtes Leben: Den Anspruch auf personelle und technische Assistenz, um berufliche, aber auch politische Teilhabe leben zu

können und die freie Wahl der Wohnform und des Wohnorts. Für Menschen ohne Behinderungen ist beides selbstverständlich. Seit 23 Jahren gibt es in unserer Verfassung ein Diskriminierungsverbot aufgrund von Behinderung. Dennoch haben 1.7 Millionen Menschen mit Behinderung nicht denselben Zugang zu Menschenrechten wie nicht behinderte Menschen, denn sie können oft nicht selbstbestimmt leben. Die Initiative soll den Druck auf Parlament und Bundesrat erhöhen, um

tatsächliche Gleichstellung zu priorisieren und Inklusion und Vielfalt in unserer Gesellschaft zu stärken. Betroffene, Organisationen aus dem Behindertenbereich und die Zivilgesellschaft tragen die Volksinitiative gemeinsam. Maya Graf und Manuela Weichelt sind beide ebenfalls Teil des Initiativkomitees.

Unsere Delegierten werden bald über die Unterstützung der GRÜNEN Schweiz für die Initiative entscheiden.



Maya Graf
Ständerätin BL
Co-Präsidentin Inclusion
Handicap
📧 mayagraf_bl



Manuela Weichelt
Nationalrätin ZG
Mitglied Vorstand Insieme
Schweiz
📧 ManuelaWeichelt

FÜR EINE ECHEDE DEMOKRATIE

In der Schweiz ist ein Viertel der Wohnbevölkerung von demokratischen Entscheiden ausgeschlossen. Der Grund? Sie hat keinen Schweizer Pass. Die Staatsbürgerschaft soll kein Privileg mehr bleiben, sondern zum Grundrecht werden. Genau das fordert die Demokratie-Initiative.

Jede Person in der Schweiz muss sich an Gesetze halten und Steuern bezahlen. Aber nicht jede Person darf abstimmen und wählen. Betroffen ist ein Teil der Bevölkerung so gross wie die gesamte Romandie. Sie alle haben keinen Schweizer Pass. Ob eine Person letzteren besitzt, hängt dabei zuallererst von der Familie ab, in die eine Person hineingeboren wird.

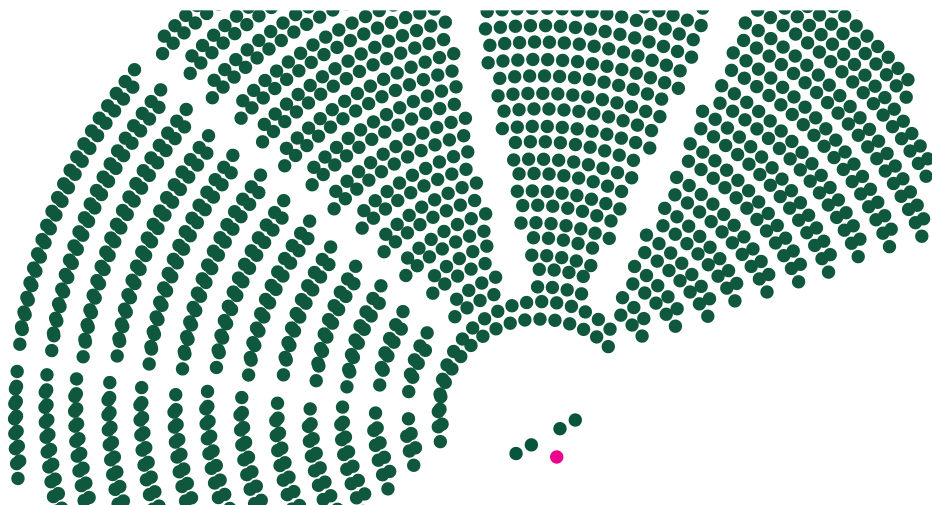
Die Folgen dieser Politik sind real: Erhöhte Hürden bei der Suche nach einer Wohnung, einem Arbeitsplatz oder beim Abschluss gewisser Versicherungen.

Nur das Bürgerrecht garantiert, dass eine Person dauerhaft in der Schweiz bleiben kann. Aktuell verzichten auch viele armutsbetroffene Personen auf die ihnen zustehende Sozialhilfe in Notsituationen, weil der Bezug von Sozialhilfe eine Herabstufung der Aufenthaltsbewilligung zur Folge haben kann. Dieses Damoklesschwert soll abgeschafft werden. Die Demokratie-Initiative verlangt ein Recht auf Einbürgerung: Für alle, die seit 5 Jahren in der Schweiz leben und die Minimalanforderungen wie Grundkenntnisse in einer Landessprache erfüllen.

Die Einführung eines Rechts auf Einbürgerung ist ein wichtiger Schritt hin zu einer modernen Schweiz, die ihre Vielfalt anerkennt und feiert. Gleichzeitig ermöglicht die Demokratie-Initiative auch eine breitere Abstützung politischer Entscheide.

Die GRÜNEN werden vollen Einsatz für die Demokratie-Initiative geben. Sie ist ein starkes Bekenntnis zu einer echten Demokratie und mehr Teilhabe.

Sibel Arslan
Nationalrätin BS
📧 SibelArslanBS



KANTONS RATSPRÄSIDENTIN UND GRÜN

Jung, grün, Präsidentin. Judith Schmutz (LU), Clarence Chollet (NE) und Séverine Evequoz (VD) präsidentier(t)en 2023 alle einen Kantonsrat. Ein Rück- und Ausblick.



«Mein Jahr als Präsidentin war eine aussergewöhnliche und anspruchsvolle Erfahrung! Von meiner ersten Rede am Schwingfest, bei der ich mich für gemischte

Veranstaltungen einsetzte, bis zu meiner letzten Rede vor den Jägern, bei der ich mich als Trägerin eines Projekts zum Verbot der Jagd auf bedrohte Tierarten auf heikles Terrain begab: Der Weg war reich und vielfältig.

Ich habe dieses Jahr genutzt, um die grünen Werte hochzuhalten, aber auch um als erste Präsidentin eines Kantonsparlaments mit Frauenmehrheit an die Stellung der Frauen in der Politik zu erinnern.

Ich hatte mir zum Ziel gesetzt, während dieses Jahres auf Jugendliche zuzugehen, um sie für die demokratische Partizipation zu sensibilisieren. Meine besten Erinnerungen bleiben meine Besuche in den Schulklassen und die vielen interessierten Fragen der Schüler*innen.»

Clarence Chollet (NE)



«Als oberste Waadtländerin habe ich ein Jahr lang alles für meinen Kanton gegeben: 40 Sessions-Dienstage, 25 Halbtage mit dem Ratsbüro, 20 Treffen auf höchster Ebene (darunter auch einmal mit Clarence Chollet als

Kantonsratspräsidentin von Neuchâtel), 300 wahrgenommene Einladungen mit 80 Ansprachen in allen 4 Ecken des Kantons Waadt.

Es hat mir grossen Spass gemacht, etwas mehr Grün in die institutionelle Politik zu bringen. Besonders gerne erinnere ich mich an meine Amtseinführungsfeier: Den Cortège haben wir für einmal zum Veloumzug umfunktioniert.

Mein Präsidialjahr hat es mir erlaubt, grüne Schwerpunkte auf die politische Tagesordnung zu setzen. Der Kanton Waadt hat jetzt ein neues Biodiversitätsgesetz, eine neue Fahrradstrategie und eine Klima-Initiative, über die am 18. Juni abgestimmt wird. Weitere Fortschritte sind die Einführung eines Gesetzesartikels gegen sexuelle Belästigung, das Ende der Elektroheizungen und der neue Justizrat. Yes, es geht vorwärts!»

Séverine Evéquoz (VD)



«Mein Präsidialjahr möchte ich nutzen, um der Luzerner Bevölkerung zuzuhören, um neue Menschen, Traditionen und Kulturen kennenzulernen und vor allem um jenen Menschen eine Stimme zu geben, welche politisch nicht mitbestimmen und mitwirken können.

Als Kantonsratspräsidentin setze ich mir das Ziel, offen auf andere Menschen und Kulturen zuzugehen und Anliegen aus der gesamten Bevölkerung aufzunehmen. Ich möchte ein Vorbild sein und zeigen, dass junge Menschen ein repräsentatives Amt innehaben und dieses gut ausüben können.

Für mich ist es selbstverständlich, dass ich als Kantonsratspräsidentin fair und möglichst objektiv auftrete und dies auch in der Ratsleitung ausstrahle. Respekt und Wertschätzung gehören zu den obersten Richtlinien in meinem Präsidialjahr – diese Einstellung möchte ich auch nach aussen tragen.»

Judith Schmutz (LU)

Globale Mindeststeuer für Konzerne

Mit der OECD-Mindeststeuer wird dem internationalen Tiefsteuerwettbewerb eine erste Grenze gesetzt. Künftig werden international tätige Grosskonzerne mit über 750 Millionen Euro Umsatz mindestens 15 Prozent ihres Gewinnes versteuern. Am 18. Juni stimmen wir darüber ab, wie die Schweiz diese neue Steuer umsetzt und wohin die Steuereinnahmen fliessen sollen.

Eine globale Mindeststeuer ist ein wichtiger Schritt für mehr Steuergerechtigkeit. Die Schweiz war eine der Lokomotiven des internationalen Tiefsteuerwettbewerbs. Sie weist heute einen durchschnittlichen Unternehmenssteuersatz von circa 13 Prozent auf. Auch Schweizer Grosskonzerne werden deshalb künftig mehr Steuern bezahlen. Denn neu gilt: Besteuert ein Staat grosse Unternehmen mit weniger als 15 Prozent, dürfen andere Länder die

Differenz einnehmen. Um das zu verhindern, will die Schweiz eine neue Steuer einführen. Diese sogenannte Ergänzungssteuer weicht vom Grundsatz der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ab. Eine rechtsstaatliche Gratwanderung, die eine Ausnahme in der Verfassung und damit eine obligatorische Volksabstimmung benötigt.

Wir GRÜNE haben die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer inhaltlich kritisiert. Denn die erwarteten Mehreinnahmen sollen zu 75 Prozent an denjenigen Kanton fliessen, in dem der Konzern seinen Hauptsitz hat. Alleine Zug und Basel-Stadt erwarten dadurch zusammen eine halbe Milliarde Mehreinnahmen pro Jahr. Ganz nach dem Motto: «Wer hat, dem wird gegeben» werden finanzstarke Kantone damit noch mehr gestärkt. Wir GRÜNE haben uns vergeblich dafür

eingesetzt, dass das Geld für Klimaschutz und den Ausbau der Kinderkrippen statt neuen Steuersenkungen eingesetzt wird.

Bei einer Ablehnung der Vorlage könnten die Steuern der Konzerne theoretisch ins Ausland fliessen, bis die Schweiz eine geeignete Umsetzung gefunden hat. Das kann und wird aber sehr schnell gehen.

Wir GRÜNE unterstützen die OECD-Mindeststeuer als wichtigen Schritt für mehr globale Steuergerechtigkeit. Die vorgeschlagene Umsetzung in der Schweiz heizt aber den Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen weiter an. Deshalb haben die GRÜNEN eine Stimmfreigabe beschlossen.



Franziska Ryser
Nationalrätin SG
✔ FranziskaRyser

JA ZUM COVID-GESETZ

Nur mit einem Ja zum Covid-Gesetz können wir verhindern, dass der Bundesrat im Ernstfall wieder mittels Verordnungen, Notrecht oder dringlicher Gesetzgebung reagieren muss.

Das Schweizer Stimmvolk entscheidet am 18. Juni zum dritten Mal über das Covid-Gesetz. Dies, weil Massnahmegegner*innen erneut das Referendum gegen die Verlängerung bestimmter gesetzlicher Grundlagen für die Bekämpfung einer allfälligen nächsten Corona-Welle ergriffen haben. Grundsätzlich gilt: Das Covid-19-Gesetz ist mittlerweile weitgehend ausser Kraft und auch die

Corona-Massnahmen sind praktisch vollständig aufgehoben. Sollte es jedoch zu einer weiteren Corona-Welle kommen, muss die Schweiz in der Lage sein, schnell und mit den bewährten Instrumenten zu reagieren. Für diese Eventualität hat das Parlament in der Wintersession beschlossen, die Rechtsgrundlage für bestimmte Massnahmen (u.a. Zertifikate für Reisen ins Ausland und der Schutz von besonders gefährdeten Arbeitnehmenden) dieses Gesetzes zu verlängern.

Mit einer sauberen Gesetzesgrundlage braucht es kein Notrecht.

Seit 2021 haben wir GRÜNE uns mit vollem Einsatz für wichtige Verbesserungen am Covid-Gesetz engagiert, insbesondere in Bezug auf die politischen Rechte, wirtschaftliche Unterstützungsmassnahmen und Härtefallregelungen. Zweimal schon sind wir bei Abstimmungen zum Covid-Gesetz für ein Ja eingestanden. Das tun wir auch am 18. Juni wieder!



Manuela Weichelt
Nationalrätin ZG
✔ ManuelaWeichelt



JA ZUM KLIMASCHUTZ- GESETZ!

Die Folgen der Klimaerhitzung machen sich immer mehr bemerkbar, auch in der Schweiz. Extremwetterereignisse wie Trockenheit, Hitzewellen, Unwetter und Überschwemmungen nehmen zu. Die Gletscherschmelze hat ein dramatisches Ausmass angenommen. Die Klimakrise löst sich nicht von selbst. Mit dem Klimaschutz-Gesetz bringen wir die Schweiz am 18. Juni 2023 auf Klimakurs.

Mit dem Klimaschutz-Gesetz senken wir die CO₂-Emissionen der Schweiz, dämmen die Folgen der Klimaerhitzung ein und geben den Finanzströmen eine klimafreundliche Ausrichtung. Gleichzeitig werden Haushalte und die Wirtschaft finanziell bei der ökologischen Wende unterstützt.

Das Klimaschutz-Gesetz beinhaltet konkrete Massnahmen:

- **Netto-Null-Ziel bis 2050 mit Zwischenzielen** für Gebäude, Verkehr und Industrie
- **Netto-Null-Ziel bis 2040 für die Bundes- und Kantonsverwaltungen.** Dies entspricht dem Klimaplan von uns GRÜNEN.
- **Programm zum Ersatz von alten Heizungen** in der Höhe von 2 Milliarden Franken über 10 Jahre
- **Innovationsprogramm für Unternehmen** in der Höhe von 1,2 Milliarden Franken über 6 Jahre

Das Wichtigste in Kürze :

Das Klimaschutz-Gesetz legt den Fahrplan für die künftige Klimapolitik fest. Es verankert erstmals das Ziel Netto Null 2050 in einem Gesetz und definiert Zwischenziele. Das Netto-Null-Ziel für die Bundes- und Kantonsverwaltungen entspricht sogar exakt dem Klimaplan von uns GRÜNEN.

Das Klimaschutz-Gesetz enthält griffige und rasch umsetzbare Massnahmen. Jährlich stehen künftig 200 Millionen Franken für den

Heizungersatz und die Senkung des Energieverbrauchs sowie die Förderung von Innovation und die Unterstützung von Unternehmen zur Verfügung.

Das Klimaschutz-Gesetz schafft Arbeitsplätze. Gemäss einer Studie der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) entstehen dank der ökologischen Wende 50'000 zusätzliche Arbeitsplätze in der Schweiz, 2/3 davon in den kleinen und mittleren Unternehmen. Und das bereits bis 2035.

Das Klimaschutz-Gesetz ist ein guter Deal für die Schweiz. Je länger die Schweiz zuwartet, desto teurer werden die Folgen der Klimaerhitzung. Die OECD schätzt die wirtschaftlichen Einbussen wegen der Klimaerhitzung auf bis zu 10 Prozent des Bruttoinlandprodukts ihrer Mitgliedstaaten. Werden wir hingegen jetzt aktiv, müssen wir nur etwa 1 Prozent ihres Bruttoinlandprodukts für griffige Klimaschutzmassnahmen aufwenden.

Das Klimaschutz-Gesetz ist ein Plus fürs Haushaltsbudget. Eine verbesserte Energieeffizienz lohnt sich auch fürs Portemonnaie. Dank einer lokaleren Energieproduktion sinken die Energiepreise zudem längerfristig für die Haushalte – das nützt auch den Mieter*innen.



Bastien Girod
Nationalrat ZH
📞 bastiengirod

UNSER HERZ SCHLÄGT

FÜR KLIMA UND BIODIVERSITÄT

Die GRÜNEN stehen ein fürs Klima, für die Biodiversität und die Natur – heute wie damals. Und das auf allen Ebenen der Politik.

Klima- und Umweltschutz haben für uns GRÜNE höchste Priorität. Befreien wir uns also von einem zerstörerischen System. Ermöglichen wir den tiefgreifenden Wandel unserer Wirtschaft. Der Kollaps der Credit Suisse ist der lebende Beweis – wir müssen der kollektiven Verantwortungslosigkeit ein Ende setzen! Stehen wir stattdessen für Qualität und Nähe ein. Für nachhaltige Produktion und weniger Ressourcenverschleiss. Nur so gelingt Klimaschutz, nur so stoppen wir den Rückgang der Biodiversität. Im Bundeshaus und in den Kantonen kämpfen wir GRÜNE

jeden Tag dafür, der Klimapolitik neuen Schwung zu geben und sie in Richtung erneuerbare Energien voranzutreiben. Mit Erfolg!

Dank den GRÜNEN:

- wird der Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Solarenergie, ohne Unterbrechung und über 2023 hinaus fortgesetzt.
- stimmen wir am 18. Juni über das Klimaschutz-Gesetz, den indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative, ab.
- gibt es bald ein Kreislaufwirtschafts-Gesetz.

- müssen Neubauten mit einer Grundfläche von mehr als 300 Quadratmetern künftig mit Solarpanels ausgestattet werden.

Es braucht uns GRÜNE. Mehr denn je. Es braucht jede*n Einzelne*n von uns. Für das Klima, für eine Gesellschaft frei von Hass und Hetze, für die Biodiversität. Wir haben keine Zeit zu verlieren! Schaffen wir eine nie dagewesene Mobilisierung für die Wahlen 2023. Bringen wir den tiefgreifenden Wandel ins Parlament. Gemeinsam ermöglichen wir den Aufbruch in eine lebenswerte Zukunft.

APPELL FÜR DIE NATUR Lanciert an der Delegiertenversammlung vom 25. März 2023

Ein Drittel aller Arten in der Schweiz ist bedroht. Lebensräume von Pflanzen und Tieren verschwinden. Die Natur stirbt einen stillen Tod. Übernehmen wir Verantwortung. Leben wir nicht länger auf Kosten der Natur und der kommenden Generationen. Eine intakte Umwelt versorgt uns mit Wasser, Luft, Nahrung und Rohstoffen. In der Natur finden wir Ruhe, Erholung und Glück. Schützen und stärken wir sie – und mit ihr die Gesundheit und das Wohlergehen von uns allen.

- **Bringen wir die Natur zurück in die Städte, indem wir tausende Bäume pflanzen.**
- **Erlauben wir uns Ruhe und Erholung, indem wir den Strassen- und Fluglärm eindämmen.**
- **Verbessern wir die Qualität der Luft und mit ihr unsere Gesundheit.**
- **Stoppen wir das Zubetonieren – zum Wohle unserer Landschaften und der Biodiversität.**
- **Steigen wir aus synthetischen Pestiziden aus, um die Artenvielfalt zu schützen, die den Reichtum unserer Natur ausmacht und unser eigenes Überleben sichert.**
- **Richten wir unseren Konsum am Wohle der Natur, der Tiere und an den planetaren Grenzen aus, indem wir den Fleischkonsum reduzieren und aus der Massentierhaltung aussteigen.**
- **Renaturieren wir unsere Gewässer und schützen wir die Gletscher.**
- **Anerkennen wir die Rechte der Natur.**

Die GRÜNEN appellieren an alle Menschen und an alle politischen Kräfte in der Schweiz: Stehen wir gemeinsam für die Natur und ein gutes Leben ein.



Wir sind GRÜN!

LYNN BERTHOLET, VORKÄMPFERIN FÜR TRANS MENSCHEN

50 Jahre lang lebte ich so, wie die Gesellschaft das von einem Mann erwartet. Ich studierte und machte erfolgreich Karriere. Trotzdem trug ich stets eine Angst in mir: Was, wenn die andern wüssten, wer ich wirklich bin? Heute bin ich ganz ich und kämpfe für eine Gesellschaft, die das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Meine Mutter zieht 1963 nach der Trennung von meinem Vater nach Lausanne. Zu dieser Zeit benötigt eine Frau noch die Erlaubnis des Mannes, um einen Mietvertrag zu unterschreiben oder ein Bankkonto zu eröffnen. Abstimmen darf sie auch nicht. Frauenrechte, die Schwarzenbach-Initiative und der Atomunfall in Lucens – diese Themen bewegen meine Mutter. Wir diskutierten viel – und auch heute noch bilden diese Themen den Kompass meines politischen Engagements. In Verbier, bei meinem Vater, sieht alles etwas anders aus. Er ist Bergführer und Skilehrer. Er spricht viel von Nepal. Die Liebe zur Natur verbindet uns. Zusammen unternehmen wir viel: Skifahren, Trekking und Ferien in der Berghütte. 1983 schliesse ich meinen Master in politischer Ökonomie an der HEC in Lausanne ab. Später kommen Diplome vom Institute for Management Development (1994) und von der Stanford Business School (2019) hinzu. Ich mache Karriere im Banken- und Finanzsektor. Den Sinn im Leben finde ich anderswo: Ich organisiere

Skiausflüge für blinde Menschen und gründe zusammen mit meinem Vater einen Verein für Kinder in Nepal. Mit diesem statten wir 2008 die Schule von Chaurikharka (Nepal) mit Solarzellen aus. An der Universität Genf rufe ich 2002 den CAS in «Compliance in Financial Services» ins Leben – und lehre dort seit 18 Jahren. Mein Leidensdruck wächst trotzdem. 2014 habe ich Suizidgedanken. Dieses Mal jedoch werde ich von einer kompetenten Psychologin begleitet. Am 15. Oktober 2015 werde ich zur ersten Frau in Genf, die ohne geschlechtsangleichende Operation ihr Geschlecht und den Namen ändern darf. Für mich ist es wie eine zweite Geburt. Eine lange und, entgegen meinem eigenen Willen, fast allein erkämpfte. 2018 gründe ich daher den Verein ÉPICÈNE, zusammen mit drei weiteren trans Menschen und einer Anwältin. Heute zählt ÉPICÈNE 178 Mitglieder aus der ganzen Schweiz. Neben den üblichen Tätigkeiten eines Vereins für Direktbetroffene führt ÉPICÈNE auch Schulungen für Unternehmen und

Verwaltungen durch. Diese finanzieren den Verein und seine mittlerweile zwei Mitarbeitenden. 2020 bringt ÉPICÈNE das Buch TRANS* heraus, 2022 organisiert ÉPICÈNE das erste Symposium zur Gesundheit von trans Personen in der Schweiz und am 2. und 3. Juni 2023 führt ÉPICÈNE eine zweitägige Weiterbildung für Psychotherapeut*innen aus der Romandie durch. 2022 wählen mich die Genfer GRÜNEN in ihren Vorstand. Als Tochter eines Bergführers kann ich den Gedanken nicht ertragen, dass die Schweiz bis 2070, oder sogar noch früher, all ihre Gletscher verlieren könnte. Ich will meinen Beitrag leisten und mich für eine nachhaltige Wirtschaft im Dienst der Menschen einsetzen, für Inklusion und die Rechte von Minderheiten. Und natürlich für die tatsächliche Gleichstellung von uns Frauen. Ich kann diesen Kampf nur zu gut verstehen, schliesslich habe ich bereits als Mann und als Frau gelebt.

Lynn Bertholet
Nationalratskandidatin (GE)

WIR SIND GRÜN!

In dieser Rubrik wird in jeder Greenfo-Ausgabe eine engagierte Person aus dem Umfeld der GRÜNEN ins Zentrum gerückt. Wir zeigen die zahlreichen vielfältigen und engagierten Gesichter der grünen Bewegung.